

RUANDA

Blutige Hände

Nur 100 Tage brauchten Hutu-Milizen 1994, um rund 800 000 Tutsi und oppositionelle Hutu mit Macheten zu erschlagen, zu erschießen oder bei lebendigem Leib zu verbrennen. Jetzt will die Regierung in Kigali Frankreich eine Mitschuld an dem Gemetzel nachweisen. Dazu begannen vergangene Woche Anhörungen vor einem Untersuchungsausschuss. Ruandas Präsident Paul Kagame hatte Paris wiederholt vorgeworfen, „eine direkte Rolle“ im Genozid von 1994 gespielt zu haben. „Die Franzosen schickten Soldaten, trainierten Killer und bemannten Straßensperren, um den Mördern ihre Mission zur Vernichtung der Tutsi zu erleichtern“, sagte jetzt Jacques Bihozagara aus, Ex-Botschafter Ruandas in Paris. An der Seine werden die Anschuldigungen als politisches Manöver zurückgewiesen. 1998 hatte eine parlamentarische Kommission Frankreich von einer direkten Mitschuld an dem Blutbad freigesprochen.



ANTONY NUQUINA / REUTERS

Schädel ermordeter Tutsi

chen, jedoch „schwere strategische Fehler“ der Franzosen eingeräumt: Schließlich hatte Paris das Hutu-Regime, das den Völkermord ins Werk setzte, jahrelang militärisch unterstützt. Andererseits betonten Diplomaten, dass die Vorwürfe aus Kigali erst lauter werden, seit Frankreich gegen Mitglieder der amtierenden Tutsi-dominierten Regierung ermittelt: Ein im März 2004 herausgegebener Bericht des Pariser Richters Jean-Louis Bruguière belastet vor allem Präsident Kagame. Der soll 1994 als Rebellenchef den Abschuss einer Maschine mit Hutu-Präsident Juvénal Habyarimana an Bord befohlen haben. Die Hutu hatten diesen Angriff als Fanal für den Mord an den Tutsi genutzt.



CONTRASTO / LAIF

Brücke über Tigris-Arm in Anatolien

NAHER OSTEN

Am türkischen Tropf

Der Bau des riesigen Ilisu-Staudamms im Südosten der Türkei erzürnt den Nachbarn Irak. Zur Gewinnung von Strom aus Wasserkraft will Ankara den Tigris zu einem künstlichen See von gut 300 Quadratkilometern aufstauen. Dadurch werde der Wasserfluss im Irak reduziert, klagte jetzt Bagdads Wasserminister, Latif Raschid, in einem Schreiben an die deutsche Umwelt- und Entwicklungsorganisation WEED. „Ohne Zweifel wird das zu einer erheblichen Verschlechterung der Wasserqualität führen“, so Raschid. Der rund 1900

Kilometer lange Tigris entspringt in der Türkei und fließt in der Nähe des südtürkischen Cizre in den Irak.

Auch die Bundesregierung sorgt sich um die Auswirkungen des Großprojekts auf die Anrainer. Berlin steht vor der heiklen Entscheidung über Exportkredite für den auch in der Türkei umstrittenen Staudamm. Von deutscher Seite beteiligt sich der schwäbische Konzern Züblin am internationalen Baukonsortium. Ankara müsse die Einhaltung der Mindestwassermenge für die Tigris-Anrainer sicherstellen, hieß es am ver-

TUNESIEN

Feindlicher Sender

Staatspräsident Sein al-Abidin Ben Ali ist nicht gut auf das Erdölemirat Katar und den von ihm protegierten Fernsehsender al-Dschasira zu sprechen. Wegen dessen „feindseliger“ Berichterstattung hat Ben Ali jetzt die Schließung seiner Botschaft in Katar angeordnet und Tunesiens Diplomaten nach Hause beordert. Die Staatsführung hatte vor allem erregt, dass al-Dschasira mehrmals den tunesischen Dissidenten und Gründer des verbotenen „Kongresses für die Republik“, Munsif al-Marsuki, ins Studio einlud. Dieser hatte über die „tunesische Staatsdiktatur“ gewettert und seine Landsleute aufgefordert, das Regime durch „zivilen Ungehorsam“ in die Knie zu zwingen. Provokant für die laizis-

tische Regierung in Tunis mussten zudem die Auftritte des Islamisten Raschid al-Ghannuschi erscheinen, den al-Dschasira aus seinem Londoner Exil nach Doha einfliegen ließ. Dort prangerte der Politiker die „antiislamischen Repressionen“ in seinem Heimatland an und verwies auf das Verbot für Frauen, einen Vollschleier zu tragen. Mit dem Abbruch der Beziehungen tut sich Ben Ali indes keinen Gefallen. Erst vor zwei Wochen hat sein Land eine katarische Firma mit dem Bau einer Raffinerie im Erdölhafen Sucheira beauftragt.

Newsroom von al-Dschasira



GETTY IMAGES